Ergebnisse des Projekts

DIE LINKE.
Kreisverband Köln

Öffentliche Daseinsvorsorge

statt

Privatisierung!

„Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung!“: eine Einleitung

Von Astrid Kraus, Wolfgang Lindweiler, Ulla Lötzer, Alexander Recht, Gisela Stahlhofen, Michael Weisenstein (LeiterInnen des Projekts)

Mit dem ersten inhaltlich ausgerichteten Projekt „Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung“, das zeitlich mit den von der Bundespartei gestarteten Initiativen „Öffentlich, weil's wichtig ist für alle!“ sowie „Für ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm!“ gestartet ist und bewusst auch Themen dieser Kampagnen aufgegriffen hat, haben wir in der Kölner Partei Neuland betreten.

Die zeitliche befristete, zentrale Ausrichtung des Kölner Kreisverbandes auf ein aktuelles Thema mit bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ausrichtung, zu dem eine offene Projektgruppe im durch das Arbeitsprogramm gesteckten Rahmen ihre Inhalte und Aktionsformen selbst definiert, hat sich als Arbeitsform erfolgreich bewährt. Unsere Erfahrungen können wir für die künftige Projektarbeit des Kreisverbandes nutzen, auch um Schwächen in weiteren Projekten vermeiden zu können.

Was haben wir erreicht?

Das Projekt hat in unseren OVen wie auch unserem Kreisverband als ganzem inhaltlich und organisatorisch positiv gewirkt.

In Workshops, Diskussionsveranstaltungen und Projektarbeitskreisen haben wir uns parteiintern und parteiübergreifend in guter Zusammenarbeit mit der Fraktion und sozialen Bewegungen Wissen angeeignet, Positionen zu grundlegenden Fragestellungen erarbeitet und qualifizierte Forderungen für Bundes- und Landespolitik sowie das Kölner Kommunalwahlprogramm abgeleitet. Diese Ergebnisse haben wir für alle nachlesbar in der vorliegenden Broschüre zusammengefasst.

Aktive Projektarbeit: Verteilaktion am Wiener Platz

Wir haben verdeutlicht, dass der Kampf für mehr öffentliche Daseinsvorsorge ein zentrales Anliegen unser Partei bleiben muss, dass es jedoch auf einige grundsätzliche Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge (noch) keine eindeutig richtigen Antworten gibt und wir als Partei gut daran tun, Prozesse zu organisieren, in denen wir diese Fragen weiter bearbeiten.

Hier nur einige Stichpunkte: Wie soll demokratische Mitbestimmung öffentlicher Daseinsvorsorge geregelt werden? Wie soll öffentliche Daseinsvorsorge finanziert werden? Welche öffentlichen Eigentumsformen sind sinnvoll? Welche Bereiche des täglichen Lebens gehören zwingend zur öffentlichen Daseinsvorsorge? Wie können wir erreichen, dass ein kollektives öffentliches Angebot auch individuelle Präferenzen unterstützt?

Wir haben sehr konkrete Ergebnisse erarbeitet, so etwa die Ergebnisse der Projektuntergruppe „Öffentlicher Nahverkehr“, die ganz konkret beschrieben und beziffert haben, in welchem Umfang welche Bahn- und Buslinien in Köln besser ausgebaut werden müssen, oder konkrete Forderungen zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“ in der Projektuntergruppe „Wohnen“.

Wen haben wir erreicht?

Zur offenen Projektgruppe waren alle Mitglieder und InteressentInnen der Partei in regelmäßigen Abständen eingeladen, um Schwerpunktthemen festzulegen und einen Projektfahrplan zu erarbeiten.

Schon beim ersten Treffen haben wir festgestellt, dass das komplexe Oberthema „Daseinsvorsorge“ sich eher in den spezialisierten Projektuntergruppen „Öffentlicher Nahverkehr“, „Energie“ und „Wohnen“ bearbeiten lässt, die folglich eingerichtet wurden.

Diese für alle offenen Projektuntergruppen haben sich regelmäßig getroffen, Experten konsultiert und zu ihrem Schwerpunkt Positionen aufgestellt.

Zusätzlich haben wir im Rahmen übergreifender Projektarbeit auch zu grundsätzlichen Fragestellungen gearbeitet und Veranstaltungen zu den Themen „Gemeindewirtschaftsordnung", „Rekommunalisierung" und „Sozialtarif" organisiert, auf denen Fachleute aus ihrer praktischen Erfahrung berichtet haben.

Wir haben überdies bei dezentralen Diskussionsveranstaltungen in allen Ortsverbänden mit Mitgliedern über wichtige Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge diskutiert, auf Kreisebene Workshops und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt und auf Bündnisveranstaltungen mit ATTAC und Mitgliedern anderer Parteien und Initiativen intensiv diskutiert.

Die Parteiöffentlichkeit haben wir durch unseren professionell gestalteten Newsletter über die Projektentwicklung informiert und involviert. Wir haben zur Information der Kölner Öffentlichkeit mehrere Stände vor Ort durchgeführt und Presseerklärungen verfasst. Selbstkritisch ist einzuräumen, dass eine Ergänzung um eine größere, bunte Aktion nicht erfolgte.

Was haben wir aus dem Projekt gelernt?

Projektarbeit bündelt Aktivitäten des Kreisverbandes und wirkt der Gefahr einer Zerfaserung des Kreisverbandes in lokale oder thematische Splittergruppen sowie verschiedene Lager entgegen, ohne hierbei notwendige, sinnvolle Aktivitäten auf anderen aktuellen Handlungsfeldern zu verhindern.

Ortsverbänden verbleibt ausreichend Spielraum, ihre Arbeit zum einem Projekt selbst mitzudefinieren und sich mit eigenen Initiativen und Aktionen zu beteiligen.

Fazit

Unsere Projektarbeit trug zur Qualifizierung unserer Mitglieder auf Ortsverbands- und Kreisebene sowie zur Erarbeitung profilierter Positionen der Partei bei.

Projektarbeit ist zudem ein sinnvolles und wirksames Feld für aktionsorientierte Öffentlichkeitsarbeit, auch wenn hier noch Verbesserungsbedarf in unserer Partei besteht.

Die Projektleitung dankt allen Beteiligten herzlich für ihre Aktivitäten im Rahmen des Projekts.

Eckdaten der Projektaktivitäten

Folgende Aktivitäten fanden während der Laufzeit des Projekts vom September 2007 bis zum April 2008 statt:

– 1 Auftakttagesseminar zu den Themen „Warum ist öffentlich wichtig?", „Zukunftsinvestitionsprogramm" und „Daseinsvorsorge in Köln" mit 30 TeilnehmerInnen.

– 5 Treffen der gesamten Projektgruppe zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung des Projekts: jeweils zwischen 10-20 TeilnehmerInnen.

– Jeweils 5 Treffen der 3 Projektuntergruppen zu den Themen „Wohnen", „Verkehr" und „Energie", besucht von jeweils bis zu 10 TeilnehmerInnen (das Thema „Wohnen" wurde innerhalb des Arbeitskreises „Stadtentwicklung" bearbeitet).

– 1 Diskussionsveranstaltung mit der Fraktion zum Thema „Gemeindewirtschaftsordnung" mit Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Vorsitzender des DGB Köln, und Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN. Köln im Stadtrat; 40 TeilnehmerInnen.

– 1 Diskussionsveranstaltung mit der Fraktion zum Thema „Sozialtarif" mit VertreterInnen von ATTAC, SPD, B'90/Grüne, SPD und unserer Partei DIE LINKE: 50 TeilnehmerInnen.

– 1 Diskussionsveranstaltung mit dem OV „Innenstadt-Rodenkirchen" zum Thema „Rekkommunalisierung" mit Dr. Hans-Joachim Peters, Betriebsleiter der kommunalisierten Müllabfuhr Bergkamen, und Manfred Hochbein, Betriebsleiter der Gelsenwasser AG.

– Beteiligung am Workshop des „Rundumschlags sozialer Bewegungen", gemeinsam mit sozialen Initiativen: rund 20 TeilnehmerInnen.

– Mitorganisation der „Wohnungspolitischen Tagung" des AK „Stadtentwicklung" (deren Ergebnisse bereits in einer Broschüre publiziert wurden): ca. 60 TeilnehmerInnen.

– Insgesamt 7 Diskussionsveranstaltungen in allen Ortsverbänden zu den Themen „Warum ist öffentlich wichtig?", „Verkehr" und „Sparkasse KölnBonn": jeweils zwischen 15-35 TeilnehmerInnen.

– 5 Stände insgesamt in den Ortsverbänden Ehrenfeld, Porz, Innenstadt, Mülheim.

– 1 große Infoveranstaltung zur Präsentation der Projektergebnisse (die in dieser Broschüre veröffentlicht werden): ca. 35 TeilnehmerInnen.

Was die Kosten betrifft, so liegt die genaue Abrechnung noch nicht vor; es werden einschließlich dieser Projektabschlussbroschüre rd. 1.200 € ausgegeben worden sein.

Ums Öffentliche kämpfen!

Von Astrid Kraus, Wolfgang Lindweiler und Alexander Recht

„Öffentlich investieren statt privatisieren!“, so hieß der Untertitel unseres Projekts „Öffentlich! Weil’s wichtig für alle ist“. Er machte deutlich, was Leitlinie LINKER Politik sein sollte: erstens mehr Regulierung und Eigentum in öffentlicher Hand; zweitens eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen und drittens das Engagement gegen Privatisierung und für den Ausbau demokratischer Kontrolle in öffentlichen Unternehmen.

Mit diesen richtigen Positionen befindet sich Die LINKE im Widerspruch zum neoliberal geprägten politischen Lager, für das der Leitspruch „privat vor Staat“ sowie die Forderung nach Privatisierung staatlicher Betriebe zentral sind. Dies wirft die Frage auf, was überhaupt unter Staat und Öffentlichkeit zu verstehen ist.

Grundsätzliche Anmerkungen zum Staatsverständnis

Neoliberale Politik möchte nicht staatliche Aktivitäten als solche verhindern. Ihre Vorstellung von Staatlichkeit steht aber in scharfem Gegensatz zu den Anforderungen von Linken: Linke fordern staatliche Eingriffe, die auf soziale Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und solidarische Individualität abzielen. Das ist bei Neoliberalen genau umgekehrt: Sie möchten einen Staat, der Marktherrschaft und ungezügelten Kapitalverkehr sichert. Daher sind sie für Privatisierung.

In den letzten 25 Jahren konnten sich Neoliberale bei der Ausrichtung staatlichen Handelns besser durchsetzen als linke fortschrittliche Kräfte. Soziale Errungenschaften, die der Staat in den 60er und 70er Jahren hauptsächlich auf Druck von Gewerkschaften durchgesetzt hat, wurden später durch Einfluss neoliberaler Kreise auf staatliches Handeln wieder abgebaut. In beiden Fällen – sowohl beim Aufbau wie auch beim Abbau des Sozialstaats – hat der Staat nicht eigenmächtig gehandelt, sondern wurden Veränderungen staatlicher Politik durch den Einfluss gesellschaftlicher Gruppen bewirkt.

Der Staat ist also gerade nicht einfach das Instrument einer gesellschaftlichen Gruppe. Er ist auch kein neutrales, über den gesellschaftlichen Verhältnissen stehendes Subjekt, also kein Schiedsrichter über Klassen- und Gruppeninteressen, der nach immer gültigen Regeln entscheidet. Ebenso wenig ist er einfach gleichzusetzen mit dem Querschnitt der Gesellschaft.

Zutreffender ist es stattdessen, den Staat als politisches Feld zu verstehen, das durch gesellschaftliche Klassen, Klassenfraktionen und quer hierzu stehende Gruppen umkämpft wird. Die Form des Staates ist dabei eine von der Gesellschaft abgesonderte. Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen und innerhalb von Klassen und Gruppen haben zwar Auswirkungen innerhalb des Staates, werden aber nicht unmittelbar zu staatlichem Handeln, sondern übertragen sich nur in gebrochener Form gemäß der Ausprägung der Staatsapparate.

Was folgt daraus? Die Linke muss um den Staat kämpfen, ohne der Illusion eines Staates als Allheilmittel und Hilfsorgan der Linken zu verfallen. Zum einen sollte es weiterhin Aufgabe von Linken sein, neben dem Staat auch die Gesellschaft selbst so zu verändern, dass Klassen- und andere Ungleichheitsverhältnisse überwunden werden. Zum anderen sollten Linke im Blick haben, dass der Staat nicht aus sich heraus fortschrittlich ist. Vielmehr ist es Aufgabe von Linken, sich streitbar für die richtige Richtung staatlicher Politik einzusetzen.

Für mehr öffentliche Daseinsvorsorge!

Anders als neoliberal geprägte politische Gruppierungen sind Linke für einen deutlichen Ausbau öffentlich organisierter Bereiche. Dass für Die LINKE steuerfinanzierte öffentliche Investitionen von hoher Bedeutung sind, verdeutlicht, dass öffentliche Steuerung auch die wichtigen Bereiche der Finanz- und Geldpolitik umfasst. Sie geht aber hierüber hinaus und erstreckt sich auch auf öffentliches Eigentum. Denn neben indirekter Steuerung durch Gebote, Verbote, öffentliche Aufträge, Leistungsausgaben und Investitionen sollte öffentliche Aufgabenerfüllung auch direkt durch staatliche bzw. öffentliche Betriebe erfolgen.

Anders als Marktliberale behaupten, haben die Individuen ein Interesse daran, Teile der gesellschaftlichen Produktion privatkapitalistischer Verfügung zu entziehen und unter öffentlicher Verwaltung erstellen zu lassen. Wir sprechen in diesem Falle von öffentlicher Daseinsvorsorge – ein Feld, das sich etwa auf Bereiche wie Energie, Bildung, Gesundheit usw. erstreckt. Denn öffentliche Daseinsvorsorge ist ein wichtiges Instrument, um gesellschaftlichen Bedarf zu befriedigen, soziale Preisgestaltung zu ermöglichen, die Interessen benachteiligter sozialer Gruppen zu berücksichtigen, eine wirksame öffentliche Beschäftigungspolitik zu betreiben und sozialökologische Standards einzuhalten.

Zudem können die Menschen beim Bereich des öffentlichen Daseinsvorsorge besser demokratisch mitentscheiden als in den meisten gewinnorientierten Betrieben, bei denen die Geschäftsführung das Sagen hat: die Beschäftigten in Formen der Selbstverwaltung, aber auch die BürgerInnen. Aus all diesen Gründen kämpfen wir LINKEN gegen Privatisierung.

Wo immer Gewinn erzielbar ist, wollen Neoliberale privatwirtschaftliche Betriebe mit der Aufgabenerfüllung betrauen. Nur Bereiche, die keinen Gewinn versprechen, sollen dem Staat übertragen werden, aber nur, wenn ihre Bereitstellung die Unternehmen wenig Steuern kostet.

Werden bedarfsdeckende staatliche Betriebe privatisiert, kann ausreichender Gewinn für die privaten Erwerber nur erzielt werden, wenn Leistungen verteuert, das Leistungsangebot eingeschränkt, Löhne gesenkt, private Gewinne öffentlich subventioniert werden oder Kombinationen dieser Verschlechterungen auftreten. Auch deshalb kämpfen Linke gegen die Privatisierung bestehender öffentlicher Betriebe und für eine Ausdehnung des öffentlichen Bereichs – etwa durch Rekommunalisierung zuvor privatisierter Betriebe. In Köln betrifft dies z. B. die teilprivatisierte Abfallwirtschaft oder die Minderheitsbeteiligung von RWE an der städtischen RheinEnergie.

Öffentliche Bereiche umkämpfen!

Das Engagement für eine Ausdehnung des öffentlichen Bereichs ist also eine notwendige Bedingung für linke Politik. Eine solche Ausdehnung alleine reicht aber nicht aus. Denn öffentliches Eigentum ist zwar eine wichtige Voraussetzung für demokratischen Einfluss, aber noch keine Garantie dafür. Vielmehr stellen öffentliche Betriebe wie staatliches Handeln überhaupt umkämpfte gesellschaftliche Felder dar. Das Was, Wie, Wer und Wozu stehen nicht von Vornherein fest – um die Richtung wird öffentlich gerungen.

Dies zeigt sich gut am Beispiel der öffentlichen Landesbanken. Diese sind an sich ein wirksames Instrument, um die Leistungen öffentlicher Sparkassen zu refinanzieren und den Privatsektor durch öffentliche Kreditvergabe zu steuern. An sich. Praktisch aber haben die öffentlichen Landesbanken spekulative Anlagen getätigt, die sie besser hätten sein lassen. Denn diese Anlagen haben zur Finanzkrise beigetragen und auch sogar einige der Landesbanken selber vor existenzielle Probleme gestellt.

Dies heißt aber gerade nicht, dass Privatisierung richtig wäre. Genau das Gegenteil: Die richtige Antwort muss lauten, das öffentliche Eigentum beizubehalten und sogar auszubauen, die öffentliche Finanzaufsicht zu verstärken, durch öffentliche Vorgaben riskante Anlagen von Anfang an zu untersagen und schließlich die demokratische Kontrolle durch Regierungen und Parlamente auszubauen. Zur richtigen Antwort gehört auch, Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge der Öffentlichkeit besser zu erläutern und öffentliche Anregungen und Kritik in die Ausformulierung der öffentlichen Geschäftspolitik mit einzubeziehen.

Dieser Ansatz, den Kampf für öffentliches Eigentum mit dem Engagement für die richtige Richtung öffentlichen Handelns und mit gesellschaftlicher Aufklärung zu verbinden, ist nicht nur im Kreditwesen, sondern in allen Bereichen der politischen Ökonomie von zentraler Bedeutung. Kurzum: Mehr öffentlicher und demokratischer Einfluss ist das Ziel!

Zur weiteren Diskussion

Auch Linke müssen jedoch die Frage beantworten, was konkret zum Bereich des unmittelbar gesellschaftlich Notwendigen gehört und daher öffentlichen, bedarfsorientierten Einrichtungen übertragen werden soll. Sie müssen klären, wie dieser Bereich zu finanzieren ist und wer die Leistungen anbieten soll. Wir können nicht alle Fragen aufwerfen oder gar beantworten, möchten aber die dringlichsten formulieren:

1.: Wie soll demokratisch entschieden werden, was Gegenstand öffentlicher Aufgabenerfüllung ist und wie das Angebot aussieht?

2.: Demokratische Kollektiventscheidungen sind notwendig zur gegenseitigen Verständigung. Sie vernachlässigen aber die Interessen der unterlegenen Minderheit, die gebührenfreie Angebote trotzdem über Steuern mit bezahlen muss. Inwieweit soll es daher neben kollektiv beschlossenen, gebührenfreien Angeboten auch öffentliche Angebote gegen Gebühr geben, woraus wieder die Gefahr des Ausschlusses finanzschwächerer Personen resultiert?

3.: Öffentliche Einrichtungen müssen finanziert werden, und zwar besser als bisher. Welcher Anteil ist durch Steuern, welcher durch Nutzergebühren, welcher durch staatliche Verschuldung zu finanzieren?

4.: Staatskritik kommt zwar oft von rechts, aber nicht nur. Berechtigte Kritik an Bürokratisierung, Verselbständigung von Staatsapparaten und Misswirtschaft ist ernst zu nehmen. Wie sind diese Gefahren zu verhindern?

5.: Nicht alle nicht-staatlichen Betriebe arbeiten profitorientiert. Es gibt auch Genossenschaften, gemeinnützige Vereine, Wohlfahrtsverbände. Welche Position zum Verhältnis zwischen Staat und privatem Non-Profit-Sektor ist die richtige?

Ein Zukunftsprogramm gegen die Wirtschaftskrise

Von Ulla Lötzer

Für das ZIP!

Im nächsten Jahre wird die Wirtschaftspolitik in das Blickfeld des Wahlkampfs rücken. Mit dem auf dem Cottbuser Parteitag beschlossenen Zukunftsinvestitionsprogramm ist die Linke gut für den Parteienstreit im Wahlkampf aufgestellt.

Durch ein ZIP würde die konjunkturelle Dynamik angeregt, die nicht nur neue Arbeitsplätze schafft, sondern – vermittelt über Mehreinnahmen bei Lohn- und Gewinnsteuern – auch die öffentlichen Haushalte entlastet.

Die aktuelle konjunkturelle Dynamik macht die Notwendigkeit für wirtschaftspolitische Alternativen zum bisherigen Kurs der Bundesregierung besonders deutlich. Getragen von einer notwendig gewordenen Ausweitung der Ersatzinvestitionen und von einem nach wie vor exorbitanten Exportwachstum, erlebte die deutsche Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahren eine Erholung. Ende 2008 wird sich das Blatt aber wenden:

Zu den realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise kommt die nachlassende Auslandsnachfrage aufgrund der ins Trudeln gekommenen Weltkonjunktur, die Aufwertung des Euros sowie der dramatische Anstieg der Rohstoffpreise. Der vor allem durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse erkaufte Rückgang der Arbeitslosigkeit wird zu einem raschen Ende kommen.

Schwarz-Rote Fehler

Und was macht die Bundesregierung? Die Koalition steigert zwar die Renten stärker als geplant, auf der anderen Seite erhöhte sie aber die Mehrwertsteuer, kürzte den Arbeitnehmern die Pendlerpauschale und senkte den Unternehmen die Steuern.

„Mehr Wachstum, weniger im Geldbeutel“ – so charakterisiert das gewerkschaftsnahe Institut IMK den Aufschwung. Gestiegen seien die Einnahmen für Unternehmer, Selbstständige, Aktienbesitzer und andere Kapitaleigner. „Bei Deutschlands Arbeitnehmern ist der Aufschwung der vergangenen drei Jahre nicht angekommen.“

Im Gegenteil: Die Nettolöhne seien um 1,5 Prozent gesunken. Auch wer staatliche Zahlungen (Rente, BaföG oder Kindergeld) beziehe, zähle zu den Verlierern. Das Volumen dieser Transfers sei mitten im Aufschwung um sechs Prozent gesunken.

Ging dieser Aufschwung bezogen auf die zu geringe Kaufkraft und die Binnennachfrage wie keiner vor ihm an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei, so hat er doch zumindest die öffentlichen Kassen gefüllt. Die Einnahmen des Bundes stiegen um 8,8%, die der Länder um 9,2 % und die der Gemeinden um 6,7%.

Demgegenüber stiegen die Ausgaben nur verhalten (Bund: 2,2%, Länder 1,7% und Gemeinden 3,2%). Der Finanzierungssaldo (bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben) des Bundes schrumpfte entsprechend um 17 Mrd. Euro auf insg. 15 Mrd. Euro. Die Länder erzielten einen Überschuss von 9,3 Mrd. Euro und die Gemeinden von 8,6 Mrd. Euro. Insgesamt konnten die öffentlichen Haushalte incl. Sozialversicherungen damit erstmals einen Überschuss von 11 Mrd. Euro realisieren.

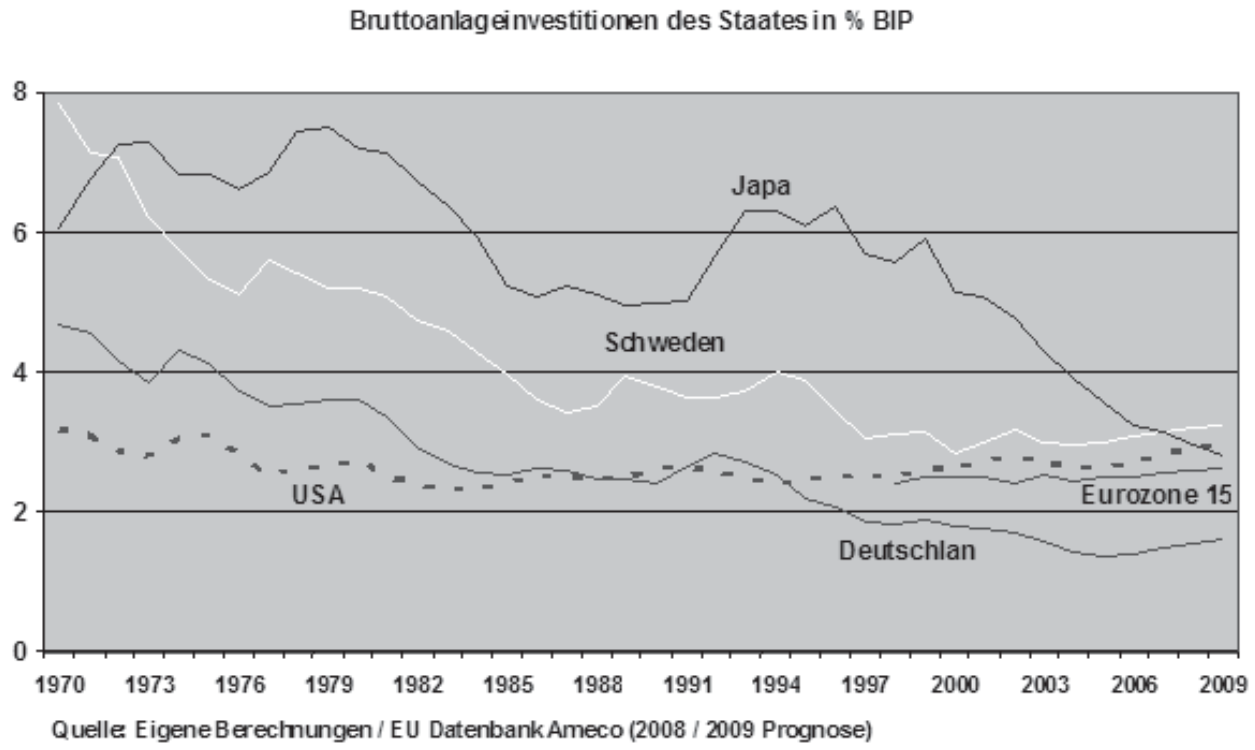
Je weniger die öffentliche Hand diese Spielräume nutzt und dafür sorgt, den drohenden Nachfrageausfall auszugleichen, desto mehr wird die Konjunktur abflauen.

LINKE Strategie gegen den Neoliberalismus

So oder so wird aber der Wahlkampf 2009 ein Wahlkampf in Krisenzeiten, und die wirtschaftspolitische Kompetenz der LINKEN wird daran gemessen, welche Vorschläge zur Stabilisierung der Lage vorgelegt werden. Wenn die Wählerinnen und Wähler der LINKEN schon nicht vom Aufschwung profitieren konnten, müssen unsere kurz- und mittelfristigen Alternativen darauf ausgerichtet sein, sie vor den Krisenfolgen zu schützen.

Das Zukunftsprogramm ist als Teil einer wirtschaftspolitischen Strategie entwickelt worden, die eine Abkehr vom Neoliberalismus von FDP, über die Große Koalition bis hin zu den Grünen Marktwirtschaftlern markiert. Im Mittelpunkt steht eine Abkehr von der ausschließlichen Exportorientierung der Wirtschaftspolitik.

Denn Exporterfolge werden auf dem Rücken anderer Volkswirtschaften erwirtschaftet und



sind im Inland teuer erkauft: Die öffentlichen Investitionen sind im Keller, die Realeinkommen und der private Konsum stagnieren, die Lohnquote ist weiterhin rückläufig.

Genau diese Schwäche des Binnenmarktes, die vor allem der Lohndrückerei der großen Konzerne und den Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre geschuldet war, hat den Aufschwung im internationalen Vergleich verzögert, und genau diese Exportorientierung macht uns abhängig von internationalen Finanzmärkten und der instabilen Wirtschaftsmacht USA.

Ein wesentliches Kernprojekt der LINKEN sollte deshalb eine Wende in der Wirtschaftspolitik sein. Wir brauchen eine Stabilisierung der Konjunktur, mehr Beschäftigung und deutliche Lohnzuwächse.

Deshalb betonen wir die Notwendigkeit und sehen auch die Spielräume für das von uns vorgeschlagene Zukunftsprogramm und verbinden es mit dem Anspruch, den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau endlich zu wagen.

Bausteine eines ZIP

Neben zukunftsträchtigen Konzepten wie etwa dem Energiesparfonds des Wuppertal-Institutes wurden zentrale Projekte der LINKEN gebündelt: vom Ausbau der Kinderbetreuung, dem Ausbau der Hochschulen, der Gesundheitsprävention über die dringend notwendige Modernisierung der kommunalen Krankenhäuser bis zur öffentlich geförderten Beschäftigung.

Im ersten Jahr würde ein Ausgabenvolumen von 40 Milliarden Euro schon 600.000 Arbeitsplätze vor allem im Handwerk, im öffentlichen Dienst und im öffentlich geförderten Bereich schaffen. Nach vier Jahren wächst die Beschäftigung auf über eine Million zusätzliche Arbeitsplätze.

Das kurbelt das Wachstum an, gibt ihm eine sozial-ökologische Richtung, entlastet die Sozialversicherungen und steigert die Erträge aus der Einkommensteuer, aber auch aus den Gewinnsteuern der privaten Unternehmen bereits im ersten Jahr um rund 20 Milliarden Euro.

In der Betonung dieser Selbstfinanzierungseffekte liegt der Kern unseres haushaltspolitischen Ansatzes: Nur ein solcher Wachstumspfad führt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Staatseinnahmen und damit zu neuen Spielräumen.

Auch das vorgeschlagene Finanzierungskonzept ist stimmig. Unsere Vorschläge zur Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer kommen vor allem den Bundesländern zugute.

Eine moderate Gewerbesteuerreform würde den Kommunen neue Spielräume verschaffen und eine Börsenumsatzsteuer neben kräftigen Erträgen für den Bund auch die schädliche Spekulation auf den Aktienmärkten begrenzen.

Für die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe!

Von Alexander Recht und Gisela Stahlhofen

Die LINKE spricht sich für die Rekommunalisierung von Betrieben aus, die in der Vergangenheit privatisiert worden sind. Dies ist eine richtige Forderung. Dennoch stellen sich auch Fragen: Wann ist Rekommunalisierung die Lösung? Unter welchen Bedingungen agieren kommunale Unternehmen? Schließlich: Welche Ziele verfolgen kommunale Unternehmen bzw. sollen sie verfolgen?

Die Beispiele Müll und Wasser

Ein erfolgreiches Beispiel für kommunal geführte Betriebe ist die Bergkamer Müllabführ, bei der es sich übrigens nicht um Rekommunalisierung, sondern um Kommunalisierung handelt, da die Müllentsorgung zuvor stets von privaten Unternehmen betrieben wurde. Die Erfolge der Bergkamer Müllabfuhr seit kommunaler Betriebsführung sind bemerkenswert: Leistungen konnten gesteigert, Qualität verbessert, ökologische Belange beachtet und Gebühren reduziert werden – und zwar nicht trotz, sondern wegen der Kommunalisierung!

Dies ist auch deswegen ein beachtliches Ergebnis, weil öffentliche Unternehmen einer Konkurrenz aus privaten Anbietern ausgesetzt sind, die aus Gewinnmaximierungszwecken guter Entlohnung von Beschäftigten und hohen Qualitätsstandards weniger Bedeutung beimessen als öffentliche Anbieter.

Nichtsdestotrotz können öffentliche Anbieter offenbar qualitativ hochwertige Produktion mit bezahlbaren Preisen verbinden, wenn bei kostendeckender Betriebsführung der Verzicht auf preistreibende Gewinnaufschläge die niedrigeren Löhne und die geringeren Kosten für Qualitätsstandards mancher privatwirtschaftlicher Konkurrenten überkompensiert. Überdies werden gesellschaftliche Schäden wie Umweltverschmutzung und Arbeitslosigkeit vermieden.

Ökologische Belange sind nicht nur bei Müll, sondern auch im Wasserbereich von hoher Bedeutung. Wasser muss exzellent aufbereitet sein, Leitungsrohre müssen eine hinreichende Dicke aufweisen. Die Einhaltung solcher Standards erfordert öffentliche Kontrolle. Gibt es auch private Anbieter, bedarf es zwingend öffentlicher Aufsichtsbehörden, die obligatorisch einzuhaltende Vorgaben machen. Gäbe es ausschließlich öffentliche Unternehmen als Anbieter, so könnte die Kontrolle sowohl im jeweiligen Unternehmen als auch ergänzend durch eine öffentliche Aufsichtsbehörde erfolgen.

Effizienz und Preise

Sowohl im Müll- als auch im Wasserbereich gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass Effizienz und öffentliche Betriebsführung – sei es als Eigenbetrieb, sei es als AG mit öffentlichen Anteilseignern – keine Gegensätze darstellen. Denn beide öffentlich eingebundenen Unternehmensformen sind in der Lage, gute Leistungen unter Berücksichtigung qualitativer Standards zu Preisen anzubieten, die sich nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, unreell und gänzlich unbezahlbar zu sein.

Auch kostendeckende öffentliche Unternehmen kalkulieren Verkaufspreise, die über der Summe aus Einstandspreisen für Vorleistungen und Rohstoffe sowie Lohnkosten liegen. Dieser Überschuss ist jedoch kein Reingewinn. Vielmehr dient er dazu, die Zahlung von Fremdkapitalzinsen und Ersatzinvestitionen zu finanzieren und öffentliche ‚Rücklagen' für Erweiterungsinvestitionen zu bilden.

Anders ist es bei privaten Unternehmen, die noch über diesen Überschuss hinaus Profit erzielen, dessen einziger Zweck darin liegt, private Aktionäre reicher zu machen. Warum sollte dies bei öffentlicher Daseinsvorsorge sinnvoll sein? Es gibt keinen vernünftigen Grund, und daher ist ‚öffentlich vor privat-kapitalistisch' unter diesem Aspekt sinnvoll.

Qualität

Dass hohe Qualität zuweilen auch von kapitalistischen Unternehmen gewährleistet wird, ist nicht zu bestreiten. Kapitalistische Unternehmen garantieren hohe Qualität aber nur dann, wenn sie sich rentiert. Sind die Gewinne zu gering, wird die Qualität reduziert oder werden Preise erhöht – zulasten ärmerer Bevölkerungsgruppen.

Öffentliche Unternehmen hingegen können Qualität liefern und reelle Preise verlangen, weil sie dem Gewinnmaximierungszwang nicht unterworfen sind. Und wenn es doch private Auf-

gabenerstellung sein soll, braucht es wenigstens öffentliche Auflagen, die einer Einschränkung privater Gewinnmaximierung gleichkommen. Auch hier ist ‚öffentlich vor privat-kapitalistisch' sinnvoll. Denn nur so gelingt es, öffentlichen Einfluss z. B. auf gute Müllentsorgung, hinreichend dicke Rohre, hohe Qualität, bezahlbare Preise usw. zu wahren.

Allerdings sei ein Grundproblem benannt: Private Unternehmen versuchen durch geringe Kosten für Löhne und Qualitätssicherung preistreibende Faktoren zu bremsen. Überkompensiert dieser Effekt die Gewinnzuschläge, sind die Verkaufspreise geringer als bei den qualitativ besseren öffentlichen Anbietern. Folge kann sein, dass preisempfindliche Kunden, die die Qualität von Herstellungsverfahren und Produkten nicht einzuschätzen vermögen, zu privaten Anbietern wechseln – und auf diese Weise unbewusst geringen Löhnen und Qualitätsstandards den Weg bereiten.

Dies verdeutlicht, dass in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge über die Ausschaltung privater Konkurrenz nachgedacht werden muss.

Beschäftigungsaspekte und spezielle Angebote

Vollbeschäftigung wird nur erreicht, wenn neben anderer Makroökonomie auch die öffentliche Hand beschäftigungspolitisch aktiv wird. Privatkapitalistische Unternehmen stellen Arbeitskräfte hingegen der Tendenz nach nur ein, wenn sie hinreichend Profit fürs Unternehmen produzieren. Sozial verantwortliches Unternehmenshandeln gibt es zwar auch, aber dieses soziale Handeln privat-kapitalistischer Betriebe ist im Vergleich zu öffentlichen Betrieben beschränkt.

Ähnliches gilt für spezielle Angebote: Die öffentliche Hand ist in der Lage, ärmeren Bevölkerungsgruppen verbilligt Leistungen anzubieten; privat-kapitalistische Unternehmen sind dies nicht. Auch hier gilt: ‚öffentlich vor privat-kapitalistisch' ist ein sinnvoller Ansatz.

Fazit und offene Fragen

‚Öffentlich vor privat-kapitalistisch' ist eine sinnvolle Forderung, denn sie bringt das demokratische Recht der Menschen zum Ausdruck, beim Bereich der elementaren Daseinsvorsorge mitzuentscheiden. Allerdings stellen sich auch Fragen, die noch zu beantworten sind.

Rekommunalisieren jetzt!

1.: Müllentsorgung wie auch Wasser- oder Solarenergieproduktion erfolgen sinnvollerweise dezentral. Daraus folgt aber nicht, dass es viele kommunale Unternehmen mit eigener Geschäftsführung geben muss. Möglich wäre auch ein öffentliches Unternehmen auf zentralerer Ebene, das gleichwohl lokal produziert. Für kommunalisierte Unternehmen spricht die lokale Nähe und größere Transparenz, für ein zentraleres öffentliches Unternehmen der Verzicht auf gedoppelte Geschäftsführungstätigkeiten, was preissenkend wirken könnte.

Dass diese Frage geklärt werden muss, ergibt sich bereits daraus, dass es schon heute unterschiedliche Strukturen öffentlichen Angebots gibt: kleine Stadtwerke, die nur den Raum der eigenen Stadt bewirtschaften; Stadtwerke, die neben der eigenen Stadt auch die umliegende Region beliefern; öffentliche Unternehmen, die nicht regional gebunden sind, sondern ihre Leistungen weit, ggf. bis ins Ausland hinein, anbieten.

2.: Wie sollen sich kommunale Unternehmen zueinander stellen? Sollen sie als regionale Verbünde kooperieren, was sinnvoll sein könnte, oder auch partiell gegeneinander konkurrieren?

3.: Was genau heißt ‚öffentlich vor privat-kapitalistisch'? Sicher muss es öffentlichen Einfluss geben. Aber wie? Soll dies durch öffentliche Betriebe erfolgen, oder genügen öffentliche Auflagen? Gegen Letzteres spricht, dass nicht einzusehen ist, warum überhaupt private Leistungserstellung bei elementarer Daseinsvorsorge vorteilhaft ist.

4.: Sollen öffentliche Unternehmen als Regie- oder Eigenbetriebe oder unter privater Rechtsform geführt werden? Je stärker die Eingliederung in die Verwaltung, desto größer ist der politische Einfluss. Andererseits ist auch das Erfordernis nach effizienten wirtschaftlichen Betätigungsformen zu beachten, das nicht immer mit Amtshandeln kompatibel ist.

5.: Wenn ärmeren Menschen Leistungen ermöglicht werden sollen, die sie ohne öffentlichen Einfluss nicht zahlen könnten, stellt sich die Frage nach dem Weg. Sollen die öffentlichen Unternehmen Sozialtarife anbieten, oder soll die öffentliche Hand über sozialpolitische Leistungen das verfügbare Einkommen gering verdienender Einkommensgruppen direkt bezuschussen und erhöhen?

Energie im öffentlichen Interesse!

Von Astrid Kraus und Ulla Lötzer

Thema mit Spannungen

Die Abhängigkeit unserer modernen Gesellschaft von Energie lässt Anbieter und Erzeuger jubeln, verspricht sie doch in einem stark konzentrierten Markt zuverlässig hohe Renditen – solange Energie billig produziert und teuer verkauft werden kann. Die hohen Gewinne der „big four" RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON zeigen, dass diese Strategie hervorragend funktioniert – zu Lasten von Mensch und Umwelt.

Wir Linken wollen das Gegenteil: ökologische und nachhaltige Versorgung mit Energie zu bezahlbaren Preisen für alle. Dafür hat DIE LINKE zwar kein Patentrezept. Mit den Vorstellungen und Überlegungen unserer Arbeitsgruppe möchten wir aber zur Entwicklung eines langfristigen Energie-Konzeptes beitragen und daraus realisierbare Forderungen für die Veränderung der Energiepolitik für Köln und bundesweit ableiten.

Ideale Energieversorgung: Quadratur des Kreises?

Weil wir soziale und ökologische Interessen in den Vordergrund stellen, sind unsere Anforderungen an eine zukunftsfähige Energieversorgung naturgemäß vielfältiger als unter den heutigen kapitalistischen Bedingungen der Gewinnmaximierung. Konkret wollen wir:

⇒ ökologisch verträgliche Energie fördern und anbieten;

⇒ gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte;

⇒ Orientierung an Kundenbedürfnissen;

⇒ sozial gerechte Preise;

⇒ wirtschaftlichen Umgang mit Ressourcen.

Diese Interessen gegeneinander abzuwägen und eine allen Ansprüchen genügende Lösung zu finden, ist keine einfache Aufgabe. In der Kölner Debatte haben wir uns auf drei Aspekte konzentriert, die uns für die Erarbeitung eines Konzeptes wesentlich scheinen:

⇒ Eigentum an Erzeugung und Versorgung

⇒ Preispolitik

⇒ Demokratische Mitbestimmung

Wem soll's gehören?

Natürlich sind wir für die Stärkung und den Erhalt öffentlichen Eigentums. Dieses muss öffentlichem Interesse dienen.

Öffentliches Eigentum und öffentliches Interesse

Öffentliches Eigentum bedeutet unter den heutigen Wettbewerbsbedingungen im Energiesektor nicht zwingend Wahrnehmung öffentlicher Interessen. Oft verhalten sich öffentliche wie privatkapitalistische Energieunternehmen, siehe Vattenfall und EnBW, aber auch die Rheinenergie.

Der Vorteil solcher öffentlichen Unternehmen im Vergleich zu weitestgehend privatisierten Energieversorgern wie E.ON ist, dass unsoziale und unökologische erwirtschaftete Überschüsse in den öffentlichen Haushalt einfließen, statt Privatanlegern zu Gute zu kommen. Das reicht aber bei Weitem nicht aus. Wir fordern daher eine grundsätzliche Neuausrichtung öffentlichen Eigentums am öffentlichen Interesse.

Vielfalt von Eigentumsformen

Die eine ideale Eigentumsform gibt es nicht – ebenso wenig, wie es die Energieerzeugung und die Energieversorgung gibt. Zu dem, was landläufig unter dem Thema „Eigentum an Energie" diskutiert wird, gehören auf der Erzeugungsseite u.a. Großkraftwerke, Solar- und Windanlagen, kleinere Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung und Netze, die sich in große Überlandnetze und lokale Versorgungsnetze unterteilen. Versorger können Erzeuger oder Händler sein.

Unser Ergebnis war: Es gibt keine eindeutig überlegene Eigentumsform. Vor- und Nachteile des öffentlichen Eigentums von EU, Bund, Länder und Gemeinden, Privateigentums und Mischformen wie Genossenschaften müssen hinsichtlich der Möglichkeiten zentraler Steuerungsmöglichkeiten, Flexibilität, demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten und Gemeinwohlorientierung gegeneinander abgewogen werden.

Allgemein gilt: Die Basis einer zukunftsfähigen Energieversorgung ist und bleibt ein konsequent am öffentlichen Interesse orientiertes öffentliches Eigentum. Genossenschaften sowie private Anbieter und Erzeuger können eine sinnvolle Ergänzung leisten – wenn sie Regeln unterworfen werden, die die Wahrung des öffentlichen Interesses sicherstellen. Auch neuere Ansätze wie in zahlreichen Städten und Gemeinden gebildeten Bürgerfonds (in NRW z. B. in Herten) müssen in ein langfristiges Projekt einbezogen werden.

Klar war für uns im Konkreten: Überlandnetze gehören in die Hand des Bundes oder der EU. Regionale Netze sollten den Regionalversorgern gehören. Großkraftwerke – so sie Teil einer lang-

fristigen Strategie sind – sehen wir eher in der Hand der Länder, um den Gefahren der Trägheit großer Einheiten zu begegnen. Ökologische Energieerzeugung für den Eigenbedarf halten wir ebenfalls für sinnvoll.

Wer soll was bezahlen?

Energie für alle

Ohne Energie geht nichts. Armut darf kein Grund sein, Energie sparen zu müssen. Deshalb fordern wir – wie auch der EU-Binnenmarktausschuss – die Einführung von Sozialtarifen von allen Anbietern, nicht nur von den öffentlichen, die ansonsten gegenüber den Privatanbietern benachteiligt wären. Die konkrete Ausgestaltung über Freikontingente oder verbilligte Maßnahmen müssen wir weiter diskutieren.

Das ist aber nur eine Seite der Medaille: Sozial Benachteiligte verbrauchen häufig – gezwungenermaßen – mehr Energie als Besserverdiener, weil sie sich die meistens teueren, umweltfreundlicher Stromverbrauchsgeräte ebenso wenig wie gut isolierte Wohnungen leisten können. Das muss ein sozial gerechtes Energiekonzept mitberücksichtigen.

Energiepreis als Steuerungsinstrument

Über die Gestaltung der Energiepreise lassen sich die Art der Erzeugung und die Höhe des Verbrauchs steuern. Denkbar sind Umweltaufschläge für konventionell erzeugte Energie und progressive Tarife, die ab einer Höchstverbrauchsmenge pro Kopf greifen.

Wer darf mitreden?

Entscheidungen von Energieversorgern und -erzeugern betreffen nicht nur ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen, sie gehen wegen ihrer ökologischen Konsequenzen uns alle an. Sie müssen deshalb demokratisch getroffen und öffentlich kontrolliert werden, ohne die Interessen von ArbeitnehmerInnen außer Acht zu lassen.

Demokratische Entscheidung und Kontrolle

Bei privaten Unternehmen gibt es keinerlei Verpflichtung, die Öffentlichkeit an Entscheidungsprozessen zu beteiligten oder sich der Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu stellen. Öffentliche Unternehmen sehen weitergehende Einflussmaßnahmen der Öffentlichkeit vor: Die öffentliche Hand kann ihre Weisungsrechte in der Gesellschafterversammlung dem öffentlichen Interesse unterwerfen, demokratisch gewählte Volksvertreter in die Aufsichtsräte entsenden, die Unternehmensentscheidungen kontrollieren. Doch selbst wenn bei öffentlichen Unternehmen alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, wäre das nicht ausreichend, um eine wirkliche Beteiligung der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Nötig wäre es, grundlegende strategische Entscheidungen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, zur Diskussion zu stellen und im Nachhinein Rechenschaft abzulegen.

Denkbar ist, demokratisch gewählte Vertreter der VerbraucherInnen – ähnlich wie bei den Sozialversicherungsträgern – in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Ganz konkret fordern wir weisungsgebundene politische Vertreter in den Aufsichtsräten, die Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht von Aufsichtsräten und eine öffentliche Diskussion wesentlicher Entscheidungen. Zudem müssen die Mehrfachstimmrechte für öffentliche Anteilseigner auf europäischer Ebene wieder eingeführt werden.

Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen

Die Interessen der Öffentlichkeit sind nicht zwingend identisch mit spezifischen Arbeitnehmerinteressen. Es muss daher auch in öffentlichen Unternehmen originäre Arbeitnehmermitbestimmung geben.

Das Verhältnis zwischen originären Entscheidungsbefugnissen von Arbeitnehmern und öffentlich zu treffenden Entscheidungen muss aber noch weiter geklärt werden. In jedem Fall müssen Spielräume der Besetzung von Unternehmenskontrollorganen bei GmbH und Personengesellschaften voll ausgeschöpft und Personalvertreter besser geschult werden.

Ein knappes Fazit

Eine immergültige Lösung aller Probleme können wir nicht bieten. Die Energieversorgung und -erzeugung der Zukunft wird aber ein Thema sein, das uns als Linke noch länger beschäftigen wird. Wir hoffen, dass unser Diskussionsbeitrag uns einen Schritt weiter bringt auf der Suche nach dem richtigen Konzept.

Karikatur: Meister: Publik-Forum Nr. 24 v. 30.11.1990, S. 40

Für Zukunftsinvestitionen in den Kölner ÖPNV – jetzt!

Von Michael Weisenstein und Wolfgang Lindweiler

Innerhalb des Projektes „Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung“ hat die Gruppe, die sich mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Köln beschäftigt hat, in mehreren Arbeitssitzungen ein Investitionsprogramm für den Kölner Personennahverkehr erarbeitet.

Dabei haben wir eng mit dem Verkehrsclub Deutschland, Kreisverband Köln, zusammengearbeitet. Zum Abschluss des Projektes wurden die Vorschläge der ÖPNV-Arbeitsgruppe der Mitgliedschaft als Powerpoint-Präsentation vorgestellt.

Zum Vorgehen unserer Gruppe

Grundgedanke unserer Arbeit war, dass wir aus ökologischen und sozialen Gründen eine Infrastruktur des ÖPNV brauchen, die Mobilität ohne Auto in allen Stadtteilen ermöglicht. Deshalb schlagen wir überwiegend Investitionen vor, die Straßenbahnverbindungen für Stadtteile schaffen, die bislang nur unzureichend mit dem Bus erreichbar sind.

Verbesserungen bei der Taktdichte halten wir ebenfalls für dringend nötig; da hierfür jedoch vorrangig nicht Investitionen erforderlich sind, sondern vor allem Neueinstellungen von Fahrer/innen, sucht ihr sie in unserem Investitionsprogramm vergebens.

Unsere Kostenschätzungen für die Straßenbahnlinien sind als Näherungswerte zu betrachten, sie basieren auf Durchschnittswerten; bei der Ermittlung des städtischen Investitionsanteils sind wir von der Aufnahme in den Verkehrswegeplan üblichen Landesförderung ausgegangen.

Die anwesenden Genossinnen und Genossen zeigten sich beeindruckt von der Arbeit der ÖPNV-Gruppe. Insbesondere ÖPNV-Fans von der „Schäl Sick“ fanden die Idee mit der Straßenbahnverbindung Mülheim-Porz sehr gut.

Ergänzend zu unseren Vorschlägen wurde in der konstruktiven Diskussion noch vorgeschlagen, ein kommunales Angebot von Leihfahrrädern zu fordern, wie es z. B. in Paris besteht.

Unsere Vorschläge im Einzelnen

Modellprojekt 1:
Hybridbusse

Durch den Einsatz dieser modernen Fahrzeuge wird Energie gespart, der CO_2-Ausstoß wird reduziert. Diese Busse sind leiser als gewöhnliche Dieselbusse, insbesondere beim Anfahren und beim Schalten.

Deshalb fordern wir den Einsatz von Hybridbussen, auf Strecken, die durch dicht besiedeltes gebiet fahren. Der Einsatz auf den Linien 132, 136 und 146 wäre optimal. Um das Projekt zu starten sind mind. acht Busse nötig. Die Kosten würden circa 2,27 Mio. Euro betragen.

Modellprojekt 2:
Verlängerung der Stadtbahnlinie 7

Die Stadtbahnlinie 7 soll von Zündorf nach Langel verlängert werden. Hier würden circa 4,5 Kilometer neue Strecke und sechs neue Haltestellen entstehen.

Die Kosten betrügen 20 Mio Euro, hiervon müsste die Stadt Köln 2,8 Mio. selbst zahlen.

Modellprojekt 3:
Verlängerung der Stadtbahnlinie 5

Die Stadtbahnlinie 5 soll bis zum Longericher Bahnhof verlängert werden.

Unseren Berechnungen zufolge würde dieser Ausbau circa 25, 6 Mio. Euro kosten, 3,6 Mio. entfielen auf die Stadt Köln.

Modellprojekt 4:
Erschließung von Neubrück

Der rechtsrheinische Stadtteil Neubrück soll mit einer Schleife der Stadtbahnlinie 9 erschlossen werden.

Die Haltestelle „Autobahn“ soll abgerissen werden, dafür entstehen zwei neue Haltestellen. 1,5 Kilometer Strecke müssten neu verlegt werden. Die Kosten würden nach unseren Berechnungen 16,2 Mio betragen, davon entfielen auf die Stadt Köln circa 2,27 Mio. Euro.

Modellprojekt 5:
Stadtbahn von Mülheim nach Porz

Es soll eine oberirdische Stadtbahn vom Mülheimer Bahnhof bis nach Porz-Wahn entstehen. 8 Kilometer neue Stadtbahngleise sollen überwiegend auf der Frankfurter Straße entstehen. 10 neue Haltestellen werden nötig.

Nach unserer Rechnung hätte das Projekt ein Investitionsvolumen von circa 86 Mio. Euro. 12 Mio. kämen auf die Stadt Köln zu.

Modellprojekt 6:
Verlängerung der Nord-Süd-Stadtbahn

Zur Erschließung Meschenichs soll die Nord-Süd-Stadtbahn verlängert werden. Nach Realisierung des dritten Bauabschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn von der Marktstraße bis zum Bonner Verteiler soll es eine Weiterführung der Stadtbahn über Rondorf nach Meschenich geben.

Für dieses Projekt sind 7,5 Kilometer Gleisanlagen, 9 Stadtbahnhaltestellen und eine Park-and-Ride-Anlage am Bonner Kreisel notwendig. Circa 84,4 Mio. Euro betragen die Gesamtkosten, auf die Stadt Köln kämen 11,81 Mio. Euro zu.

Modellprojekt 7:
Stadtbahnanbindung von Esch, Pesch, Auweiler

Die Stadtteile Esch, Pesch und Auweiler sollen durch die Verlängerung der Linie 3 oder 15 an die Stadtbahn angebunden werden, und zwar incl. Anbindung an den Bahnhof Longerich und die S-Bahn-Linie 11.

Es werden vier bis sechs Kilometer neue Gleisanlage benötigt und vier neue Stadtbahnhaltestellen. Da die Autobahn gequert werden müsste, beliefen sich die Kosten auf circa 72,4 Mio. Euro. Circa 10 Mio. Euro kämen auf die Stadt Köln zu.

Modellprojekt 8:
Linie 5 bis zum Bahnhof Ehrenfeld

Die Line 5 soll in Ehrefeld künftig zum Bahnhof fahren.

Die geschätzten Kosten würden 7,6 Mio. Euro betragen, davon entfielen 1 Mio. Euro auf die Kommune.

Gesamtkosten

Insgesamt beläuft sich das Investitionsprogramm zum ÖPNV auf 328 Mio. Euro. Das ist zwar viel Geld, aber weniger als ein Drittel der Kosten, die derzeit beim Bau der neuen U-Bahn verbaut werden. Hiervon müsste die Stadt Köln 48 Mio. Euro finanzieren.

Die Verwirklichung dieser Ideen sollte als Forderung in das Kommunalwahlprogramm eingehen.

Aktuelle Leistungsdaten der KVB

		2007	**2006**
Netz			
Anzahl der Linien		11	15
Linienlänge	km	237,3	285,0
Betriebsstreckenlänge	km	192,2	192,2
Mittl. Haltestellenabstand	m	728,2	728,2
Mittl. Reisegeschwindigkeit	km/h	26,2	26,6
Fahrzeugkapazität (31.12.)			
Triebwagen		381	380
Platzkapazität		68.580	66.400
Betriebsleistungen			
Zug-km	Mio. km	17,3	17,3
Platz-km	Mio. km	6.184	6.185
Verkehrsleistungen			
Fahrgäste	Mio.	190,5	184,9
Fahrtenhäufigkeit (je Einwohner im Verkehrsgebiet)		146	141

Daten der KVB, Bereich Personenverkehr auf Schiene, in 2006 und 2007, vgl. www.kvb-koeln.de/german/unternehmen/leistungsdaten/bahn.html

LINKE Wohnungspolitik

Von Alexander Recht

Allen Menschen ist guter Wohnraum zu bezahlbaren Preisen anzubieten. Unter kapitalistischen Bedingungen ist jedoch gutes und bezahlbares Wohnangebot in vielen Städten ohne politische Gegensteuerung zu knapp. Folge sind steigende Mieten, die für viele Menschen ein erhebliches Problem darstellen – weil ein großer Teil des verfügbaren Haushaltseinkommen abfließt bzw. weil hohe Mieten Menschen von der Nachfrage nach teurem Wohnraum ausschließen, der eigentlich für ihre Bedürfnisse angemessen wäre.

Für öffentlich ausgerichteten Wohnungsbau!

Öffentlich ausgerichtete Wohnungsbaupolitik ergänzt die mietrechtliche Begrenzung des Mietanstiegs. Öffentliche Wohnungsbaupolitik erhöht das Angebot an günstigen und bezahlbaren Wohnungen unmittelbar quantitativ. Zudem drückt dieses Angebot auf die ortsübliche Miete im Mietspiegel und verengt damit den Spielraum für Mieterhöhungen im frei finanzierten Wohnungsbau. Schließlich entspannt öffentlich organisiertes Wohnangebot die Angebotsknappheit und wirkt so Mietsteigerungen entgegen.

Aufgabe des öffentlich ausgerichteten Wohnungsbaus ist es nicht nur, mehr bezahlbare Wohnungen zu bauen, sondern auch Wohnqualität und -struktur zu optimieren. Denn auch beim öffentlich ausgerichteten Wohnungsangebot gibt es Wohnungen mit unerledigtem Instandhaltungs- und Reparaturbedarf; ist in manchen Wohnungen der Gebrauchswert der Mietsache mit Mängeln behaftet; sind zuweilen die Betriebskosten von Energie oder Wasser zu hoch.

Natürlich soll die öffentliche Hand Instandhaltungen und -setzungen vornehmen. Schwieriger ist es beim Thema Modernisierung, denn Modernisierung ist mit zusätzlichen Kosten verbunden, von denen 11% mietrechtlich auf die Jahresmiete umgelegt werden dürfen – auch bei öffentlichen und öffentlich geförderten Wohnungen. Die öffentliche Hand sollte trotzdem Modernisierungen durchführen, jedoch bei finanziell schwach gestellten Menschen einen Teil der modernisierungsbezogenen Kosten selber finanzieren, statt auf die Mieter umzulegen.

Das Thema Wohnqualität umfasst auch die Frage, ob dem Bedarf spezifischer Bevölkerungsgruppen Genüge getan wird. Die BRD sieht sich einer Vielzahl unterschiedlicher Bedürfnisse gegenüber: 1-Kind-, mehr-Kinder-Familien, Singlehaushalten, Wohngemeinschaften in jungem, mittlerem und hohem Alter, Senioren, Studierenden, Azubis usw. Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, diese Trends und Entwicklungen zu antizipieren und bei der Planung des Baus neuer Wohnbestände zu berücksichtigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Wohnqualität ist die integrierte Betrachtung der Felder Wohnen, Leben, Arbeiten, Verkehr und Umwelt. Klar ist, dass öffentlich ausgerichteter Wohnungsbau Zersiedelung und die bedingungslose Verringerung von Grün- und Freiflächen vermeiden und den Flächenverbrauch gering halten sollte. Die Schließung von Baulücken, die Nutzung von Brachen und die die arrondierende Bauerschließung an Beständen entlang sind daher wichtig. Zudem müssen Einkaufsgelegenheiten sowie ÖPNV-Verbindungen, die den Weg zu den Arbeitsstätten ermöglichen, von Anfang an in der Bauplanung mitberücksichtigt werden.

Wie öffentlich?

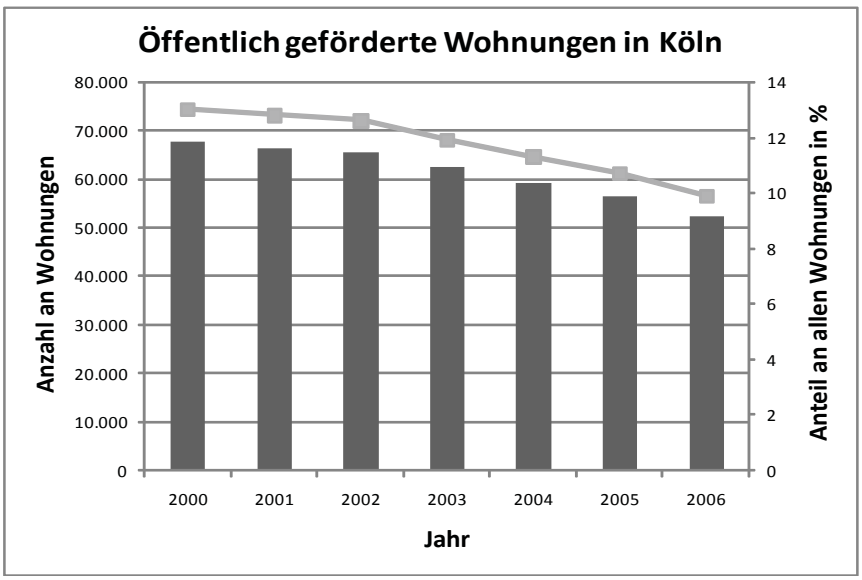
Öffentlich ausgerichteter Wohnungsbau kann auf zwei Arten erfolgen. Zum einen kann er durch Betriebe durchgeführt werden, die der öffentlichen Hand gehören. Es handelt sich um kommunalen oder Landeswohnungsbau, etwa durch die GAG, an der die Stadt Köln die große Mehrheit der Anteile hat. Die andere Möglichkeit ist öffentlich geförderter Wohnungsbau. Bauherr kann die Stadt sein, muss es aber nicht. Auch Genossenschaften oder private Wohnungsunternehmen kommen in Betracht. Öffentlich ausgerichteter Bau von Mietwohnungen sollte jedenfalls Priorität vor der Förderung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen genießen, die kein primäres Ziel LINKER Politik ist.

Neben der Frage nach dem Wer interessiert auch die Frage, für wen Wohnungen öffentlich organisiert gebaut werden sollen. Aus LINKER Sicht ist eine Kombination aus Breiten- und Spezialförderung sinnvoll. Einerseits sollte Wohnungsbaupolitik ein qualitativ gutes Angebot für die breite Gruppe von Lohnabhängigen, die Mieter sind, bereitstellen. Zum anderen sollte sie sich verstärkt ökonomisch benachteiligten Gruppen wie Arbeitslosen oder kinderreichen Familien mit geringem Einkommen widmen.

Kommunalwohnungsbau

Dass 100%ig kommunale Wohnungsgesellschaften eine bedarfsdeckende statt einer profitmaximierenden Geschäftspolitik betreiben, heißt nicht, dass die Zurverfügungstellung von Wohnraum kostenlos erfolgt. Denn es fallen Verwaltungs-, Betriebs-, Instandhaltungs- und

Instandsetzungskosten an. Gebäude altern und verlieren an Wert, so dass zur Finanzierung der Wiederbeschaffung Abschreibungen anfallen. Sofern die öffentliche Hand Kredite aufgenommen hat, sind auf die Kredite Zinsen an die Gläubiger zu zahlen. Möchte die öffentliche Hand Neubauten errichten, muss sie schließlich Eigenkapitalkosten für Rücklagen berechnen.



Auch bei kommunalem Wohnungsbau fallen also Kosten an. Die Kosten können erstens von den individuellen Mietern getragen werden. Zweitens besteht die Möglichkeit, bedürftigen Personen Vorrechte auf günstige Wohnungen einzuräumen, etwa durch Wohnberechtigungsschein. Dann würde die kommunale Wohnungsgesellschaft öffentlich geförderten Wohnungsbau betreiben. Drittens besteht die Möglichkeit, dem Mieter Zuschüsse zuzuweisen, damit dieser die Miete zahlen kann, die er alleine nur schwer tragen könnte. Eine solche Praxis stellt beispielsweise das Wohngeld dar.

Alle Wege sollten genutzt werden. Finanziell besser gestellte Mieter können die komplette Miete kommunaler Wohnungen selbst tragen und sogar im Rahmen einer Mischkalkulation schlechter gestellte Mieter gleichsam subventionieren. Finanziell durchschnittlich gestellte Mieter sollten die Miete zahlen und bei Schwierigkeiten Wohngeld beantragen. Für finanziell schwächer gestellte Mieter ist per WBS ein Angebot an günstigen Wohnungen bereitzustellen.

In Köln z. B. ist es Ziel des Wohnungsgesamtplans, bis zum Jahr 2015 insgesamt 57.000 neue Wohnungen zu bauen. Dieses Ziel würde unter der Bedingung der Bezahlbarkeit für die breite Mehrheit der Bevölkerung nie erreicht werden, wenn man sich nur auf freie private Bautätigkeit verließe. Zudem fallen Altbestände des öffentlich geförderten Wohnungsbaus aus der Bindung heraus und werden zu wenig öffentlich geförderte Wohnungen neu gebaut (siehe Grafik)!

Köln steht also in der Pflicht, mit der GAG bezahlbare neue Wohnungen für die breite Mehrheit zu bauen. Zudem sollte die GAG weiterhin im öffentlich geförderten Wohnungsbau dazu beitragen, dass Teile des Wohnungsbestandes Bindungen bei Miethöhe und Belegung unterliegen. Hierzu sollte das Eigentum der GAG zu 100% in öffentlicher Hand liegen.

Öffentliche Förderung

Bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau erhält der Bauherr Aufwendungszuschüsse seitens der Stadt oder des Landes sowie öffentlich geförderte Landesdarlehen. Im Gegenzug verpflichtet er sich, für eine vertraglich bestimmte Zeit Teile des Wohnraums öffentlichen Bindungen bei Miethöhe und Belegung zugunsten förderungsfähiger Personen mit Wohnberechtigungsschein zu unterwerfen.

Neben der GAG wären Wohnungsgenossenschaften, die in ihren Satzungen von Gemeinwohlorientierung sprechen, prädestiniert für öffentlich geförderten Wohnungsbau. Leider kommen viele jedoch ihrem Anspruch auf Gemeinwohlorientierung zu selten nach. Zu oft verhalten sie sich wie gewöhnliche private Wohnungsunternehmen und verweigern sich öffentlich gefördertem Wohnungsbau. Dies lässt sich nicht nur ökonomisch erklären, denn dem Verzicht auf freie Mietgestaltung stehen öffentliche Zuschüsse und niedrigere öffentliche Darlehenszinsen kompensatorisch gegenüber. Gründe sind offenbar, dass manche Genossenschaften öffentlichen Einfluss grundsätzlich ablehnen oder dass frei finanzierte Wohnungen trotz höherer Darlehenszinsen so hohe Mieten erbringen, dass sie per Saldo doch einen Vorteil erbringen.

Soll öffentlich geförderter Wohnungsbau funktionieren, ist es erforderlich, durch Mietrecht sowie das Agieren kommunaler Wohnungsgesellschaften die Mietpreisentwicklung zu begrenzen, so dass sich Genossenschaften und private Wohnungsunternehmen dem öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht mehr durch Verweis auf höhere Renditemöglichkeiten im freien Markt entziehen können.

Zudem muss die GAG als sozial verantwortlich handelndes Unternehmen durch Konkurrenz private Unternehmen und Genossenschaften dazu veranlassen, in der Qualität nachzuziehen. Es muss öffentlicher Druck entstehen, so dass Genossenschaften wieder verstärkt gemeinwohlorientiert operieren.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	S. 2
Ums Öffentliche kämpfen!	S. 4
Ein Zukunftsprogramm gegen die Wirtschaftskrise	S. 6
Für die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe!	S. 8
Energie im öffentlichen Interesse!	S. 10
Für Zukunftsinvestitionen in den Kölner ÖPNV – jetzt!	S. 12
Linke Wohnungspolitik	S. 14

Impressum

„Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung!" – ein Projekt der Partei DIE LINKE. Köln

Hrsg.: DIE LINKE. Köln; www.die-linke-koeln.de

Redaktion: Astrid Kraus, Wolfgang Lindweiler, Ulla Lötzer, Alexander Recht, Gisela Stahlhofen, Michael Weisenstein

Layout: Alexander Recht

Druck: GNN-Verlag

Auflage: 1.000 Stück